

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2,- M., bei Zustellung unter Postband 4,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspaltige Normalzeile oder deren Raum 1,20 M., Wocheninsgesamt 6,00 M., Monatsinsgesamt 24,00 M., jedes weitere Wort 25 Pf. Erziehungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsanzeigen 100% der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ansgesendet sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

STREIFITZ

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf in der Metallindustrie.

Die Bewegung in der Metallindustrie ist in jenes Stadium getreten, in dem bis zum Ausbruch des offenen Kampfes nur noch ein Schritt ist.

Die Metallarbeiter haben gestern ihre Forderungen den einzelnen Betrieben getrennt überreicht. Die Frist zur Beantwortung lief in einigen Betrieben bereits gestern ab; in anderen Betrieben soll die Einzelentscheidung heute fallen. In den Betrieben, in denen die Frist bereits abgelaufen ist, liegt auch schon die Ablehnung der Arbeiterforderungen vor. Auch die Arbeiter haben in diesen Betrieben bereits zu der Antwort der Unternehmer Stellung genommen. Es sind das die Firmen Borsig, Daimler, Nix u. Genest, Schuchardt, Weber und Deutsche Telephonwerke, für Labeilwerk Oberpre, A. E. G. Brunnen- und Kroke, Osramwerk, Auer, Meißner und die Brüder Israel läuft die Frist bis heute. Die bürgerliche Presse mußte jedoch schon mit Bestimmtheit zu versichern, daß auch in diesen Betrieben die Forderungen abgelehnt werden würden. Ebenfalls räumte der Chor der bürgerlichen Blätter seinem Publikum schon gestern zu, daß unter den Metallarbeitern wenig Neigung für einen Streik zu spüren sei, obwohl sie im gleichen Atemzuge bekennen müssen, daß ein Ueberblick über die Abstimmungsresultate in den Betrieben gestern noch ganz unvollständig war, da die Arbeiter die Entscheidung in den meisten Betrieben erst heute fällen werden. Aber man muß Stimmung schaffen und den Boden bereiten, damit bei einer Entscheidung der Metallarbeiter für den Streik die zahlreichen „Arbeitswilligen“ seien einer Minderheit von terroristischen Hebern zum Opfer gefallen, ein williges Ohr bei den Helfern findet.

So setzt der übliche Feldzug der bürgerlichen Verächter, die selbstredend vereint und ohne nach Recht oder Unrecht zu fragen gegen die Metallarbeiter in Front steht, schon vor der Entscheidung über den Fortgang der Bewegung ein. Und wir müssen feststellen, daß der Reichsarbeitsminister Schlichte dieser einseitigen Information der Öffentlichkeit, die für die ruhige Entwicklung der Bewegung von größtem Nachteil sein muß, Vorarbeit geleistet hat. Aus Anlaß des Abbruchs der Schlichtungsverhandlungen hat der Minister dem Metallarbeiterverband ein Schreiben zugehen lassen, dem das schwerwichtige Schicksal zuteil wurde, in der bürgerlichen Presse zu erscheinen, bevor es in die Hände des Metallarbeiterverbandes gelangt war. Dieser Brief lautet:

„Der Abbruch der Schlichtungsverhandlungen durch den Metallarbeiterverband und die dadurch hervorgerufenen Gefahren schwerer wirtschaftlicher Kämpfe bedauere ich außerordentlich. Die Gründe, die in dem mir abschriftlich mitgeteilten Schreiben an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses enthalten sind, scheinen mir einen Schritt von derartig weittragenden Folgen nicht zu rechtfertigen. Der Schlichtungsausschuss ist von mir aus auf ausdrücklichen Wunsch der Arbeitnehmer gebildet worden. Bei seiner Zusammenkunft wurden Ihre Wünsche im weitesten Maße berücksichtigt. Auch die Vorforderung eines Teilweises zum unparteiischen Vorsitzenden beruht auf dem Vorschlag des Metallarbeiterverbandes. Soweit mir bekannt geworden ist, hat der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses nur in wenigen Fällen durch seine Stimme den Ausschlag gegeben; im übrigen standen die Stimmen der Parteien einander nicht gegenüber. Daß die Entscheidungen die Forderungen keiner der beiden Seiten im vollen Umfang berücksichtigen konnten, ist selbstverständlich, um so mehr, als die Meinungen beider Seiten über die Eingliederung nach der beabsichtigten Eignung außerordentlich weit auseinandergehen.“

Der Schlichtungsausschuss hatte aber selbst vorgesehen, etwaige Unstimmigkeiten bei der endgültigen Zusammenfassung der Teilweisesprüche zu einem abschließenden Spruch zu beseitigen. Der Verband der Berliner Metallindustriellen war zu einem Ausgleich nach meiner Mitteilung bereit und wäre es wohl auch heute noch zu einem vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen um so weniger Veranlassung vor, als durch den von beiden Parteien angenommenen ersten Schiedsspruch jeder Abbau der derzeitigen hohen Löhne vollkommen ausgeschlossen ist. Der Verband der Berliner Metallindustriellen hat versichert, für die Einhaltung dieser Bestimmungen durch seine Mitglieder sich mit aller Kraft einzusetzen. Auch die Besichtigung, daß die den Arbeitern gegebenen Sicherungen durch die Verordnung vom 3. September beeinträchtigt werden, erscheint unangebracht.

Siehe auch dürfte ein Anlaß zu Kampfmaßnahmen, die letzten Endes die Arbeiterschaft selbst und die Allgemeinheit treffen müssen, nicht gegeben sein. Es scheinen auch in den Kreisen der

Arbeiter gegen solche Maßnahmen, soweit hier bekannt, erhebliche Bedenken zu bestehen.“

Der Genosse Ruch hat als Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes dem Herrn Minister eine Antwort gegeben in einem Schreiben, das die falsche Darstellung Schlichtes richtigstellt und zugleich die wichtigsten Vorgänge des Schlichtungsverfahrens noch einmal darstellt. Genosse Ruch schreibt:

In der Tagespresse vom Mittwoch, den 17. ds. Mts. veröffentlichte Sie, Herr Reichsarbeitsminister, einen an den Deutschen Metallarbeiterverband gerichteten Brief. Es ist bezeichnend, daß die Berliner Tageszeitungen erst in dem Besitze des Briefes waren wie der Deutsche Metallarbeiterverband uns ist der Brief erst nach den Veröffentlichungen in der Presse, am 17. ds. Mts. nachmittags 3 Uhr 20 Min. durch besonderen Voten übermittelte worden.

Sie geben in diesem Brief der Meinung Ausdruck, daß die Gründe, die wir für den Abbruch der Verhandlungen in dem Ihnen abschriftlich mitgeteilten Schreiben an den Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses angegeben haben, nicht einen Schritt von derartig weittragenden Folgen rechtfertigen, wie ihn die Berliner Metallarbeiter zu tun beabsichtigen. Wir wollen uns ersparen, auf die Gründe noch einmal näher einzugehen, wollen aber bemerken, daß diese Gründe von den Berliner Metallarbeitern wohl gewürdigt werden und daß das Vorgehen der Verhandlungskommission von den verschiedenen Berufsgruppen gebilligt und der Kommission das Vertrauen ausgesprochen worden ist.

Sie schreiben uns weiter, daß bei der Zusammensetzung des Schlichtungsausschusses unsere Wünsche im weitestem Maße berücksichtigt seien. Wir bestreiten Ihnen das, wie wir es in der Sitzung am 16. d. Mts. bereits bestritten haben. Wir haben Ihnen vorgeschlagen, einen Mann zum Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses zu bestimmen, der auf dem Gebiet der Beilegung von Arbeitsstreitigkeiten Erfahrung und soziales Verständnis besitzt. Die positiven Vorschläge von Personen, die wir Ihnen machten, wurden von Ihnen nicht angenommen. Sie bemerkten dazu, daß Sie einen Vorsitzenden bestellen müßten, der auch den Herren Arbeitgebern genehm wäre.

Sie teilen uns in Ihrem Brief weiter mit, der Schlichtungsausschuss habe selbst vorgesehen, etwaige Unstimmigkeiten bei der endgültigen Zusammenfassung der Teilweisesprüche zu einem abschließenden Spruch zu beseitigen. In diesem Falle sind Sie von Ihren Mätern falsch informiert worden. Der Schlichtungsausschuss unter dem Vorsitz des Herrn Dipl.-Ing. Dr. Goebel hat in keiner der Sitzungen eine entsprechende Neuerung fundiert. Er hat sich lediglich bei den Teilweisesprüchen vorbehalten, redaktionelle Änderungen und Zusammenfassung aller Teilweisesprüche zu einem einheitlichen Schiedsspruch vorzunehmen.“

Sie schreiben ferner, der Verband der Berliner Metallindustriellen wäre zu einem Ausgleich nach seiner Mitteilung bereit, wäre es wohl auch Ihrer Meinung nach heute noch. Es läge also zu einem vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen keine Veranlassung vor. Wir bemerken dazu, daß, wenn die Metallindustriellen Berlin zu einem Ausgleich bereit gewesen wären, es sich erübrigte hätte, einen Schlichtungsausschuss anzurufen.

Sie geben ferner Ihrer Meinung Ausdruck, daß nach dem angenommenen ersten Schiedsspruch jeder Abbau der derzeitigen hohen Löhne ausgeschlossen sei, und daß der Verband der Berliner Metallindustriellen Ihnen versichert habe, für die Einhaltung dieser Bestimmung durch seine Mitglieder sich mit aller Kraft einzusetzen. Ruch hat Ihnen schon mitgeteilt, daß unsere jahrzehntelange gewerkschaftliche Erfahrung uns sagt, daß die Berliner Metallindustriellen sich, wenn es ihr Profitinteresse erfordert, an drartige Verprechungen und Zusicherungen sehr wenig gebunden fühlen. Daß ein Abbau jetzt schon vorgenommen wird, wird Ihnen nachstehendes Beispiel beweisen:

(Schluß des Artikels auf der zweiten Seite.)

Wachung! Metallarbeiter!

Die Arbeitgeber versuchen, unsere Kollegen in Versammlungen, die von ihnen einberufen werden, falsch zu informieren. Wir erlauben unsere Kollegen, nur solche Versammlungen zu besuchen, in denen die Hünshner-Kommission bzw. die dem Metallkartell angehörenden Organisationen vertreten sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Die Hünshner-Kommission.

Illusionspolitik.

Wir haben in der letzten Zeit mehrfach Gelegenheit gehabt, auf die lebhaften Auseinandersetzungen hinzuweisen, die sich innerhalb der kommunistischen Partei über die Taktik entsponnen haben. Namentlich bildet der Parlamentarismus auch innerhalb der kommunistischen Partei einen Gegenstand der Diskussion und der Zwang dazu, die Frage über den Charakter des jetzigen Stadiums der Revolution in ihrem stattgefundenen Reichskonferenz der K. P. D. stand diese Frage im Mittelpunkt der Debatte, ohne daß allerdings eine endgültige Klärung erfolgt ist. Die Zentrale der K. P. D., die für eine Revision des antiparlamentarischen Standpunktes der Partei eintrat, fand anscheinend nur wenig Gegenliebe. Die Beschlüßfassung wurde vertagt und soll auf einer demnächst stattfindenden Konferenz erfolgen.

Wir haben den Standpunkt der Zentrale der K. P. D. nach einem Bericht der „Kommunistischen Korrespondenz“ unseres Blattes wiedergegeben, kennzeichnend für die politische Haltung der Zentrale sind die Sätze, mit denen sie die gegenwärtige Situation schildert:

„Seit der Januar-März-Epoche bis zum Juli/August ist eine kolossale Aenderung der politischen Situation eingetreten, die auch zur Aenderung der politischen Taktik und der Organisationspolitik der Partei zwang. Das Wichtigste nach der Niederlage in der Januar-Schlacht war, den geordneten Rückzug anzutreten. Das hieß, sich nicht in Endschlachten provozieren zu lassen, den Kampf zu führen, aber einer Schlacht auszuweichen; denn der Feind erwies sich härter, und jede offene Schlacht hätte ihn und schwächte die Partei des Proletariats. Leider war unsere Partei organisatorisch zu schwach, um den bereits durchgeführten Plan der Feinde zu durchkreuzen. Es kamen die isolierten Putschs, die vom Feinde provoziert, und blutig niedergeschlagen wurden.“

Bei dieser Schilderung der gegenwärtigen Situation ist zunächst das Bekenntnis wertvoll, daß die kommunistische Partei organisatorisch zu schwach war, die lokalen Aufhänge und Putschs zu hintertreiben und das Proletariat vor unnützen Opfern zu bewahren. Bis hierher wurde es immer als ein besonderer Vorzug der kommunistischen Taktik angesehen, die lokalen Einzelbewegungen zu forcieren und auf die Spitze zu treiben, um geführt auf diese Einzelbewegungen, die einen immer größeren Umfang annehmen sollten, dem Feinde die Endschlacht zu liefern. Bisher hörten wir denn auch immer, daß nur der „Verrot“, das „Verlogen“ der U. S. P. D. den Erfolg dieser Taktik bereitet habe. Jetzt wird diese Putschpolitik von der Zentrale der K. P. D. selber preisgegeben und es wird als oberster Leitfaden die Notwendigkeit aufgestellt, die politische Taktik und die Organisationspolitik der Partei entsprechend der Aenderung der innerpolitischen Situation zu revidieren. Was die Unabhängigkeit der Partei längst feststellte hatte, wofür sie von Kommunisten oft in wüster Weise beschimpft wurde, das ist jetzt die um Monate verspätete Einsicht der kommunistischen Zentrale geworden.

Die erste praktische Anwendung sollte dieser Leitfaden in der Frage des Parlamentarismus finden. Es kam auf der Reichskonferenz zu einer Diskussion, in der nach den Worten des offiziellen Berichtes ein Tiefstand der Argumentation“ sich offenbarte, der sich nicht viel von der „flachen syndikalistischen Phrasologie“ unterschied. Statt zu beurteilen, ob die jetzige Situation des Abflauens der Massenbewegung eine wohl fundierte sei, d. h. ob sie nicht in der nächsten Zeit umschlagen werde in eine Kampfszeit, während der das Proletariat wieder auf die Straße getrieben werde und nicht von den Vertretern und Wortführern des Proletariats geführt werden müsse, begnügte man sich „mit den vulgärsten und flachsten antiparlamentarischen Redensarten.“

So wird allerdings die Debatte in der Reichskonferenz nur von der Zentrale der K. P. D. geschildert, die den Versuch unternahm, angesichts der veränderten Situation einen Wechsel im Sinne der Beteiligung an der parlamentarischen Tätigkeit durchzusetzen. Von der Gegenseite wird die Diskussion wesentlich anders dargestellt. So formuliert Friß Sturm in der Hanauer „Freiheit“ den grundlegenden Gegensatz auf der Konferenz mit folgenden Worten:

„Die Frage dreht sich darum: Die einen glauben, keinen Grund zu haben, den Methoden der revolutionären Periode auch noch die parlamentarische hinzuzufügen, da die Revolution, wenn auch zum Teil in etwas anderen Formen fortzudauern; die anderen glauben, die erste Revolution sei zu Ende, die zweite, deren Anläufe bereits verschiedene Male blutig niedergeschlagen worden sind, ist erst im Anmarsch. Aus dieser Verchiedenheit der Anschauungen folgt auch, daß die Anhänger dieser zweiten Anschauung, die wir nur im Sinne der obigen Ausführungen Parlamentaristen nennen, zu den Methoden der Periode der

„Vielmehr“ Entschlossenheit greifen wollen, darunter auch zum Par-
lament.“

Es wäre nichts dagegen einzuwenden, meint Sturmer weiter, wenn die Parlamentarier in den Reihen der R.P.D. sich zu ihrer Taktik auf Grund des Abchlusses der Revolution entschließen würden, namentlich wenn sie recht hätten in ihrer Beurteilung der Lage. Indessen stünden die Dinge anders:

„Die Parlamentarier der R. P. D. sagen bei der Beurteilung der Lage nichts wesentlich anderes wie wir — Gegner von Parlamentarismus während der Revolution. Einerseits sind sie zu vorsichtig, um den Parlamentarismus fallen zu lassen, andererseits bringen sie es nicht übers Herz, ihre Zweifel und Ängste, ob die Revolution nicht etwa gar an ihrem Ende stünde, laut zu ver-
tönen.“

Man wird dieser Charakteristik ohne weiteres zustimmen müssen, wenn man sieht, wie kampfbereit die Zentrale der R. P. D. in ihrer Engegnung an die Hamburger Opposition in der „Noten Fahne“, bestrebt ist, die Differenz zwischen ihrer Haltung in der Frage des Parlamentarismus und der der Opposition als unwesentlich darzustellen. Die Zentrale, so heißt es in der Engegnung, denke gar nicht daran, einen Beschluß auf allgemeine Beteiligung an den Wahlen auch nur anzugehen. Der Antrag der Zentrale bezwecke lediglich die Aufrechterhaltung des Januarbeschlusses, der nur verhindern wolle, daß die Partei sich festlegen lasse „von ein paar Wirrwärgen Hamburger Oberbarden“, die auf der Reichskonferenz selbst ihre „schöne grandiosische“ Haltung aufgeben mußten.

Das diplomatische Verhalten der Zentrale, die sich im übrigen auch auf die Vereinbarkeit des Parlamentarismus mit den Leitenden der Moskauer Internationale bezieht, hat indes bei der Groß-Berliner Mitgliedschaft der R. P. D. wenig Anklang gefunden. Wie wir bereits mitteilten, hat eine am 9. September abgehaltene Versammlung der Funktionäre des Parteibezirks Groß-Berlin der R. P. D. mit überwältigender Mehrheit einen Beschluß gefaßt, wonach die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit, als „ungeeignetes Mittel zur Fortführung des proletarischen Befreiungskampfes“, abgelehnt wurde. Die Ausführungen des Vertreters der Zentrale der R. P. D. fanden nach einem Bericht der „Noten Fahne“ bei der Versammlung keinen Anklang. Es wurde festgestellt, die Straße sei verloren. Kein Zweifel daran. Aber aus dem Standpunkt des Referenten, daß die Nationalversammlung, das Parlament, das Symbol der Macht der Bourgeoisie geworden sei, zog die Versammlung nicht die erforderliche Konsequenz, daß das Proletariat seine Vertreter in das Parlament entsenden müsse, um auch dort die Macht der Bourgeoisie zu bekämpfen. Sie stellte sich vielmehr auf den rein syndikalistischen Standpunkt, daß dem Proletariat nicht das Parlament, sondern der Betrieb „Symbol der gesellschaftlichen Macht“ sei. Ihn wolle es haben und beherrschen, nicht das Parlament. Die für den Kapitalismus lebenswichtigen Fragen der Produktion würden im Betrieb entschieden, nicht im Parlament.

„Nur so — heißt es in der „Noten Fahne“ weiter — werden wir jene Erklärung der dritten Internationale, die von der Unterordnung des parlamentarischen Mittels spricht, — nicht von der Einordnung, wie jemand insinuiert will. Nur so können wir zumal in der gegenwärtigen Situation Deutschlands denken. Man soll auch nicht den Anschein erwecken, als würden die Schwelger und Italiener es uns abel nehmen, wenn wir in gegenwärtiger Situation auf den Parlamentarismus verzichten. Den Betrieb wollen wir haben und beherrschen; das Kapital ist ohnmächtig in dem Augenblick, in dem die Sabotage der Produktion seine durch internationale Verpflichtungen diktierten Kalkulationen über den Haufen wirft.“

Man wäre angesichts der letzten Ausführungen versucht, an wahnwitzige Konfusion zu glauben, wenn nicht aus der syndikalistischen Konfusion des Artikelschreibers die völlige Unfähigkeit spräche, die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge in sozialistischem Sinne zu erfassen und dem Proletariat eine seinen Interessen auch nur annähernd entsprechende Taktik zu weisen. Aus diesen Ausführungen spricht die engstirnige Verantheit von Ideologen, die völlig die Verbindung mit den Massen verloren haben und die dem Wahne huldigen, daß sie durch ihre „Ablehnung“ der unbedeutenden Taktiken der Wirklichkeit, diese Wirklichkeit selbst zu überwinden vermögen, und daß der harte beherrschende Kampf auf allen Gebieten, in denen das Proletariat mit der Bourgeoisie zu kämpfen hat, erledigt werden könne durch eine Bauerformel, die dem Proletariat mit einem Schlage den Schlüssel zur Macht liefert. Gestern war es der bewaffnete Aufstand und die Proklamierung der Räteherrschaft. Heute ist es die Eroberung des Betriebes, die unter Ignorierung aller sonstigen Faktoren des politischen und wirtschaftlichen Lebens den heuförmigen Putzisten der R. P. D. als der Stein der Weisen erscheint.

Angesichts des Vorbereichens einer solchen Stimmung in der Groß-Berliner Funktionärsversammlung der R. P. D. ist es nicht verwunderlich, daß — wie es in dem Bericht heißt, — die Versammlung „schließend“ die Mitteilung anordnete, daß Clara Zetkin ihr Mandat in der württembergischen Landesversammlung niederlegen und der Partei den Rücken kehren wolle. Nicht minder gleichgültig scheint auch die Mitteilung aufgenommen worden zu sein, daß der Vertreter der Zentrale der Richtung, die die Parteimehrheit innewohnend wünscht, nicht folgen könne und von seinem leitenden Posten zurücktrete. Wozu braucht die R. P. D. Kräfte vom Schlage einer Clara Zetkin? Sie hat in die neuesten, allerneuesten Rezepte zur Erringung des sozialistischen Endziels, die es ihr ermöglichen, ohne Rücksicht auf die Kunst oder Ungunst der Verhältnisse, geradenwegs in den Zukunftsstaat hineinzu-
zuwandern.

Wir, die wir nie an diese Rezepte geglaubt haben, und deshalb als „Revolutionssphiler“, als „Sumpf“ usw. bekämpft und verhöhnt wurden, können nur erneut unserem Bedauern Ausdruck geben, daß sich noch immer Arbeiter finden, die aus überaus dummen, revolutionärem Empfinden oder aus falscher Auffassung des Sozialismus heraus der Illusionspolitik jener „Wirrwärgen“ folgen, über die selbst die Zentrale der R. P. D. die Schale ihres Spottes ausgießt. Wir können es wohl als begreiflich betrachten, daß Leute, die ihre ganze Taktik nicht nach den wirklichen ökonomischen Verhältnissen und dem Reifegrad des Proletariats, sondern nach ihren Wünschen und Hoffnungen, nach ihrem Gefühl und ihren weltpolitischen Musiken orientieren, hin- und herzuwanken zwischen dem Glauben an ein revolutionäres Wunder und der Furcht vor der Untergang der Revolution, wenn dieses Wunder nicht geschieht. Wir lesen weder diesen Wunderglauben noch diese Furcht. Wir

stehen viel zu fest auf dem Boden der marxistischen Erkenntnis und des jahrzehntelangen Kampfes des Proletariats, als daß wir zu den Heilsrezepten der R. P. D. unsere Zustände nehmen müßten. Und wir sind viel zu sehr überzeugt von der der revolutionären Bewegung innewohnenden Kraft, von ihrer inneren Logik, als daß wir auch nur einen Augenblick den Glauben an die siegreiche Revolution verlieren könnten. Wir sehen freilich den revolutionären Prozeß nicht nur dort, wo die R. P. D. ihn sieht: gestern auf der Straße, heute im Betrieb. Wir sehen die Revolution überall, wo das emporkommende Proletariat gegen die Mächte der bürgerlichen Gesellschaft ankämpft und seine Kräfte zu deren Ueberwindung ansammelt. Darum gehen wir zum Kampf gegen diese Kräfte, überall wo die Bourgeoisie ihre Machtpositionen hat: wir gehen in die Parlamente, in die Kommunen, in die Verwaltungsbehörden ebenso hinein, wie in die Betriebe, um überall wo das Proletariat unserer bedarf, auf dem Posten zu sein, seine Kräfte zu organisieren, seine Stellung zu befestigen, um mit gesicherter, gesammelter Kraft für unser Endziel, für die Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft zu kämpfen.

Der Kampf in der Metallindustrie.

(Fortsetzung des Artikels von der ersten Seite.)

Die Firma Winkhoff, Mitglied des Verbandes der Berliner Metallindustriellen, Schöneberg, Hennigsenstr. 20-22, sagt in einem jetzt erschienenen an ihre Meister gerichteten Rundschreiben: „Meister, welche nicht in der Lage sind, ihren Leuten die Afforde vorzuschreiben und energisch durchzusetzen, sind für ihren Posten unbrauchbar“ und weiter

„Bei Affordarbeit wird der Stundenlohn nicht mehr garantiert. Es ist auf eine allmähliche Herabsetzung bei neuen Afforden zu achten.“

Dasselbe Rundschreiben sagt ferner, daß künftige Affordarbeiter, wenn sie vorübergehend in Lohnbeständig werden, einen Stundenlohn in Höhe des Durchschnitts abzüglich 15 Prozent erhalten, daß Arbeiter, die abwechselnd Lohn und Afford arbeiten, für Lohnarbeit nur den Stundenlohn zu berechnen haben.

Sie sehen das Verbot, wie die Erklärungen der Herren des Verbandes der Berliner Metallindustriellen zu bewerten sind. Wir geben unserer Bewunderung Ausdruck, daß Sie, Herr Reichardt, als Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes nicht zu denselben Schlussfolgerungen gekommen sind, wie wir.

Die Befürchtung, daß die Arbeiter durch den Schiedsspruch gegebenen Sicherungen durch Ihre Verordnung vom 8. September 1919 beeinträchtigt werden, ist nur zu sehr berechtigt. Während die Verordnung des bürgerlichen Demobilisationskommissars, Herrn Dr. Röth, vom 4. Januar 1919 für die an diesem Zeitpunkt in den Betrieben beschäftigten Arbeiter eine 14tägige Kündigungsfrist vorsah, wird diese Kündigungsfrist durch Ihre Verordnung aufgehoben. Die Herren Arbeitgeber sind dadurch jetzt in der Lage, durch einen Wechsel der Belegschaft preisdrückend zu wirken.

Auf welche Art die uns vorliegenden Teilschiedssprüche innerhalb des Schlichtungsausschusses zustande gekommen sind, ist uns unbekannt, da der Schlichtungsausschuß den Parteien über die internen Vorgänge keine Mitteilung gemacht hat. Es dürfte Sache der Herren Arbeitnehmerbesitzer sein, sich dazu zu äußern.

Wie vorstehend habe ich wohl Ihren Brief beantwortet, glaube jedoch kaum, mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, Sie mit obigen von der Kommodität der von den Metallarbeitern getroffenen Kompromissen überzeugt zu haben.

Wie kommt Herr Schlichte dazu, die Öffentlichkeit durch die Bekanntheit seiner persönlichen Meinung falsch zu informieren, während die Dinge sich noch in der Schwebe befinden? Eine solche Handlungsweise des Ministers muß auf die bürgerlichen Blätter geradezu wie eine Aufforderung wirken, diese von Schlichte begonnene Pressekampagne gegen die Metallarbeiter im gleichen Tonfall fortzusetzen. Das kennzeichnet den Mann, die Weisheit und die Absicht, die Herr hatten an seiner Auffassung fest, daß die Unternehmer eine Machtprobe wollen, und daß die Schlichtungsinstanzen zu mindesten nichts getan haben, um eine Katastrophe zu verhindern. Herr Schlichte erhebt durch die Veröffentlichung seines Briefes vor der Öffentlichkeit als Verbündeter des Unternehmertums. Glaubt der Minister, das Vertrauen der Metallarbeiter zu ihm als Haupt der Schlichtungsinstanzen und dem Wert der Schlichtungssprüche zu vermindern? Eine merkwürdige Taktik, die Schlichte als Gewerkschaftsführer sicher energisch verurteilt hätte.

Die Berliner Metallarbeiter werden alle diese Versuche, Stimmung gegen sie zu machen und ihre Haltung von außen her in ungebührlicher Weise zu beeinflussen, unbeachtet zur Seite schieben und ihre Entscheidung nach ruhigen taktischen Erwägungen treffen.

Die agrarische Gegenrevolution.

Die pommerischen Agrarier beharren weiter auf ihrem Standpunkt, die Verordnungen der Regierung über die Tarifverträge nicht anzuerkennen. Sie drohen mit Gegenmaßnahmen und wollen die Weirückelieferungen einstellen, wenn sich die Regierung ihrem Willen nicht fügt. Die „Vossische Zeitung“ läßt sich von zuständiger Stelle berichten, daß sich der Widerstand von Stunde zu Stunde verhärtet.

Die Lage wird in Berlin als außerordentlich ernst angesehen. Der Versuch der Landwirtschaft gegenüber, die Lieferungen von Getreide einzustellen, wird amtlich nochmals darauf hingewiesen, daß natürlich die Befreiung unserer Volksernährung unter keinen Umständen zugelassen und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden würde. Es sind auch diesmal wieder dieselben pommerischen Kreise, in denen seitens der Landarbeiterschaft Ausgebredungen vor.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird die Lage ähnlich geschildert. Das Blatt hofft aber, daß die „bessere Erkenntnis“ bei den Agrariern noch durchdringen würde, bevor es zu „ernsthaften Komplikationen“ käme. Bei der Machtposition, die die Junker infolge der nachrückenden

Haltung der Regierung inne haben, erlauben wir uns, an dieser „besseren Erkenntnis“ stark zu zweifeln. Wenn es sich bei diesem brutal herausgeforderten Konflikt um Arbeiter handeln würde, hätte die Regierung sicher schon längst ihre erprobten Mittel angewendet und die bürgerlich-reaktionäre Presse würde die bekannnten „Siegesberichte“ wieder einmal in die Welt schicken können, voller Lobes darüber, daß wir eine so starke, energische Regierung haben

Eine neue Blamage.

Die Räumung Litauens anbefohlen.

Paris, 16. September (Davas).

Nach „Chicago Tribune“ wurde Moskau all Hoch beauftragt, an Deutschland eine Note mit Ultimatum-Charakter zu senden, durch die es aufgefordert werden soll, die nötigen Maßnahmen gegen die deutschen Truppen in Litauen zu treffen, für die es verantwortlich gemacht wird, und die es unverzüglich zurücknehmen muß.

Die äußere Politik des republikanischen Deutschlands taumelt aus einer Blamage in die andere. Nach dem Balkanum folgt jetzt Litauen. Schon längst hätte die Räumung Litauens erfolgen müssen. Sie unterblieb aus denselben Gründen wie die Räumung Aurlands. Auch in Litauen sammelten sich neben den deutschen Soldaten die russischen Weissen Garden, um vereint ein konterrevolutionäres Volkswerk der deutschen und russischen Junker zu schaffen. Wir wiesen mehrfach auf diese neue Gefahr hin. Wir forderten von der Regierung, daß sie auch in Litauen eingreife und dem wüsten Treiben der militärischen Horden ein Ende setze. Aber wie in der baltischen Frage, so wartete die Regierung auch in der litauischen Frage bis die Angelegenheit sich zu einem internationalen Skandal auswuchs. Jetzt steht ein neues Ultimatum Hoch vor der Tür. Das Spiel mit dem diplomatischen Notentausch, mit dem Hin und Her der offiziellen Verhandlungen kann erneut beginnen. Die Militärs und Geheimräte haben wieder Arbeit. Die gebrochenen Fenster scheiden bezahmt das deutsche Volk.

In wie hinhaltender Weise die Räumung Litauens und Aurlands vorgenommen wird, geht aus folgendem amtlichen Telegramm hervor, das der Stab des Korps Dabitsch in Schaulen erhielt:

Die Räumung von Aurland und Litauen (nördlicher Teil) ist in folgender Weise durchzuführen:

Nach dem Abtransport der Brigaden Schaulen und der Truppen aus dem Gouvernament Libau hat am 20. August der Abtransport des VI. Reservekorps aus Litauen und der Umgruppierung von Bausk zu beginnen. Für den Abtransport der zum Abzug bestimmten Truppenteile: Prekula, Mitau, Bausk, Schaulen und Libowian ist eine Frist von weiteren drei Wochen gesetzt.

Von dem Abtransport nach Deutschland sind jedoch die Freiwilligen deutscher Abtammung befreit, die zur Zeit privatim in Litauen bleiben wollen.

Wie aus diesem Telegramm hervorgeht, fördern die deutschen amtlichen Stellen das verräterische Doppelspiel der deutschen Truppen in Aurland und Litauen, indem sie den deutschen Soldaten die weitere Verbleiben im Lande gestatten. Damit wird die Räumung in Wirklichkeit zu einer Quacksalbmilde. Die gesamte Öffentlichkeit hinter sich führen soll. Das litauische Spiel wiederholt sich in denselben Formen in Litauen.

Wie wir von einwandfreier Seite erfahren, sind am 20. August zu den Koltschakisten übergetreten: das 1. Artillerieregiment mit vier Batterien, ein Bataillon Infanterie mit 800 Mann und 20 Maschinengewehren und 200 Mann Kavallerie.

Alle diese Truppenteile haben in Radowitzsch. Am 1. September sollen alle zu den Koltschakisten übergetretenen deutschen Truppenteile in Schaulen einziehen und die Kasernen des litauischen Regiments besetzen.

In Aurland treffen fortgesetzt Verstärkungen auf Berlin ein.

So sieht die „Räumung“ aus, die von Berlin aus durchgeführt wird.

Die Räumung Aurlands.

Mitau, 16. September.

Der kommandierende General hat heute vormittag sämtliche Führer der unterstellten Truppen versammelt und sie in längerer Rede erneut auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die der Truppe bei einem Verbleiben in Lettland bevorstehen, wenn die Unterordnung durch die Heimat fortfällt. Der General forderte unbedingt Gehorsam von der Truppe, solange er an der Spitze des vereinigten Korps verbleibe. Zum Schluß wurde die aus Sicherheitsgründen nötige Umgruppierung der Truppe und der Räumungsplan bekanntgegeben.

Aus Nostes Reich.

Der „Vorwärts“ teilt, offenbar sehr erregt, folgendes Ergebnis mit:

Ein schier unglaublicher Vorfall wird uns aus Potsdam gemeldet. Dort ist ein Offizier wegen seiner republikanischen Betätigung von Nostes, Kameraden auf das Schwert gehandelt und aus der Kaserne hinausgeschleudert worden.

Es handelt sich um den Leutnant B. von der 1. Kavallerie-Regimentskompanie, der in der Versammlung des republikanischen Führerbandes vom 15. September als Mitglied desselben Teilbild gab, wie in den Offizierskreisen gegen die Regierung gehetzt und gewühlt wurde. B. hatte sich von den gefährlichen Gesprächen Notizen gemacht und trug deren Inhalt vor. Es ging u. a. darob hervor, daß ganz ungern im Potsdamer Offiziersklub werden die Ermordung Erzbergers Pläne geschwieben, worauf ihn B. nicht ohne weiteres auf dieses Thema eingegangen, worauf ihn B. sicher über die dänische Wrange schaffte, falls er Erzberger ermordete. Mehrfach wurde B. gefragt, wann es denn nun geschehen würde!

Ein Aufführungsmitglied gab denklige Antwort, die Mannschaft nicht vom Regierungspunkt, sondern vom deutsch-nationalen Standpunkt aus zu instruieren. Ein Hauptmann erklärte alle Sozialisten für Schweine, falls sie seinen Offizieren einer sein solle. „So hände er ihm mit der Waffe zur Verfügung.“ Auf die Frage, ob man der Regierung den Treue schwören würde, wurde geantwortet: „Gott, man braucht es nur 8 oder 9 Tage vor dem Botsch aus der Reichswehr auszusitzen.“

Wenn man man gebet. Außerdem käme es auf einen Reineid gar nicht an, der „Schweinehund Scheidemann“ habe ja auch einen Reineid geleistet. Dies und vieles ähnliches hat Deutscher V. unter genauen Angaben von Namen, Ort und Zeit der Versammlung vorgetragen.

Die Sache blieb nicht aus. Als V. am nächsten Tage das Offizierskloster betrat, wurde er von einer Anzahl Offiziere des Klosters, angeführt und geschlagen. Besonders tat sich ein Leutnant De Thiers hervor, der V. ins Gesicht schlug und mit dem Fuß vor den Unerschrockenen trat. Der direkte Vorgeschichte des V., ein Hauptmann Ledert, brüllte V. an mit den Worten: „Sofort heraus!“ und wies ihn aus der Kaserne. Von Mannschaften wurde V. gewarnt, die Kaserne wieder zu betreten, da die Offiziere ihm sofort ans Leben gehen würden.

V., der früher Demokrat war, jetzt Sozialdemokrat ist, gibt an, daß er seine Gesinnung verheimlicht hat. Er hat dies jedoch im Interesse der Regierung getan, denn er hatte bei seinem Eintritt in die Abteilung den Eindruck, hätte in eine Verschwörung hineingegeraten. Er hat sich nicht zu erkennen gegeben, um dieser Verschwörung auf den Grund zu kommen und ist erst hervorgetreten, als er einwandfreies Material beisammen hatte.

Wie wir noch erfahren, liegt das von V. gesammelte Material dem Reichswehrministerium vor. Ein Verfahren gegen die Offiziere ist eingeleitet, V. soll Gelegenheit erhalten, seine Angaben als Zeuge unter Eid zu machen.

Der „Vorwärts“ verlangt, daß die schwer kompromittierten Offiziere, die sich durch ihr römisch-habsburgisches und gewalttätiges Benehmen noch besonders bloßgestellt haben, bis zur einwandfreien Klärung des Falles sofort zur Disposition gestellt werden.

Der „Vorwärts“ fragt nach: Wie lange noch soll der Skandal dauern? Wir können ihn beruhigen: Der Skandal mehr lang Denn unter Roskes System wird es bald seinen republikanischen Offizier mehr in der Reichswehr geben, und dann wird auch keiner mehr geprügelt werden können.

Die V. P. M. beissen sich, dem im obigen Artikel schwer beschuldigten Potsdamer Offizieren helfend beizuspringen. Es ist wieder einmal alles nicht wahr. Der Ankläger ist ein Dumpe, die Beschuldigten sind Ehrenmänner vom Scheitel bis zur Sohle. Wie im Falle Roske-Reinhard.

Befallene Arbeit.

Während der Oberst Reinhard es bisher noch nicht für notwendig befunden hat, auch nur den Versuch einer Widerlegung der gegen ihn erhobenen schweren Anschuldigungen zu machen, sind die „zuständigen Stellen“ eifrig bemüht, den Oberst von jeder Schuld reinzuwaschen. In seinen Verteidigern gesellen sich nunmehr auch die Vertrauensleute der Brigade. Das V. L. B. verbreitet über diesen merkwürdigen Rechtfertigungsversuch folgende Meldung:

Die Vertrauensleute der Brigade Reinhard haben gestern gemeinsam und einstimmig die Erklärung abgegeben, daß Oberst Reinhard seit Verleihen der Brigade niemals eine gegen die Republik oder gegen die Reichsregierung gerichtete Propaganda getrieben habe. Oberst Reinhard habe im Gegenteil stets sehr energisch betont, daß er selbst unbedingt hinter der Reichsregierung stehe und die gleiche Haltung auch von seinen Untergebenen verlange, da er eine solche Erklärung als die Voraussetzung dafür ansehe, daß Deutschland wieder zu geordneten Zuständen zurückkehre.

Die Vertrauensleute waren einseitig der Ansicht, daß, wenn einzelne der dem Oberst Reinhard zum Vorwurf gemachten Behauptungen über Mitglieder der Reichsregierung wirklich gelten könnten, dies sicher nicht in einer öffentlichen Kasparche an die Truppe geschehen sei. Diese Behauptungen würden dann nur als menschlich begriffliche Regungen angesehen werden können, jedenfalls aber nicht gegenwärtigen Unmutes auszulassen, jedenfalls aber nicht gegen Reinhard zu träben. Seine unbedingte dienstliche Zuverlässigkeit und Eignung hat Oberst Reinhard durch seine aufopfernde und erfolgreichste Arbeit im Sinne der Reichsregierung hinlänglich bewiesen.

Die Vertrauensleute waren einig in der Zurückweisung der Verdächtigung, daß Oberst Reinhard, der dies ja auch selbst energisch bestritten, irgendwelche monarchistische Propaganda betrieben habe, und sprachen dem Obersten Reinhard ihr unabdingbares Vertrauen aus.

Der Fall Roske-Reinhard wird nachgerade zu einem Hauptspiel. Die Hundgebung dieser Vertrauensleute ist um so unbedeutender, als gerade die Vertrauensleute der Brigade Reinhard das Allerwenigste zu sagen haben. Sie sind ein bloßes Dekorationsschild mit keinerlei Befugnisse und Rechten und dienen lediglich als Stofflage bei der Rechtfertigung gewisser Vorgänge. Die Öffentlichkeit der Reichswehr wird durch derartige Blödsinnigkeiten nicht verunsichert. Der Fall Roske-Reinhard bleibt bestehen.

Wer will König sein?

Das rechtssozialistische Oppositionsblatt die „Freie Zeitung“ plößt die Veruche aller Regierungsstellen ab von der Bestätigung des Urteils im Liebknechtprozeß zu bekräften mit folgenden zutreffenden Sätzen:

Der mehreren Monaten wurden die Würder Liebknecht „verurteilt“, und bis heute steht noch die Bestätigung des Urteils aus. Es ist ganz merkwürdig, welche fabelhafte Rechtskenntnis jetzt auf einmal zu konstatieren ist. Kein Mensch weiß Bescheid, niemand kennt sich aus.

Wir haben ein Reichsjustizamt und außerdem noch in jedem Einzelstaate ein Justizministerium. Wir haben eine ganze Armee von Weisheiten Ober- und Unterjustizräten, die sonst alle die Rechtsgelehrsamkeit mit dem großen Waffel ge — essen haben, und schließlich helfen sie sich alle, als ob sie Knatsphabeten wären.

Könige kann nicht eingesetzt werden. Aus jedem Gefängnis wird er hinausgeworfen mit dem Bedenken, daß er hier nichts zu suchen habe. Sein Urteil wartet noch immer auf Bestätigung. Keiner will angeblich die Rechtsvollkommenheit besitzen, zu den paar Tagen Arrest, die dem Herrn Kaiser ausdient werden, zu sagen.

Ein ganzer Kattenschwanz von Rechtsklärungen und Erklärungen wird und angeschängt. Wir werden zu Zeugen eines von Barnevalerien und Streites um die Kommanden gemacht und müssen erleben und schauernd zusehen, wie

von wie Herren darum herumklopfen, wer von ihnen weniger ist als der andere.

Wenn es sich nur um eine theoretische Diskussion handeln würde, wer von ihnen der unbedeutendste ist, so könnte man ja die Herren beruhigen, denn an Bedenungslosigkeit sind sie sich alle gleich, aber hier handelt es sich um die Ausübung eines Aktes des formellen Rechts und wenn sich die Herren deswegen schon monatelang herumklopfen, wer es ja und wer es nicht tun soll, so müssen wir uns auf das energischste verwahren, die Regierungsplattform der deutschen Republik zu einem Kaisertheater zu machen.

Gepahnt sind wir nun, wer das Urteil gegen Runge bestätigen wird. Wie wäre es, wenn man dies der Reichsgewalt überläßt?

Herr Bloch.

Er ist bei der „Deutschen Tageszeitung“ angekommen. Er überreichte dort einen Beitrag — auch dich, Deutscher! überschrieben —, in dem er bitter beklagt, daß er das alte gute Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ nicht mehr mit nationalitätlicher Inbrunst singen kann. Er fühlt sich als Schweiß der Entente, als „Hund“ und bedauert, daß ihm nur der Helot zum weiden fehlt, so daß das reizende Bild, das er der Welt bietet, unvollendet bleibt. Die „Auf- und Vordringlichkeit jüdischer Streber in (sozialdemokratischen) Parteikreisen“ empfindet er peinlich und er empfiehlt den „schwarzgelbten Herren“ — nach dem Muster seines Gesinnungsfreundes Winnig —, sie möchten im eigenen Interesse „in nationalen Fragen“ Zurückhaltung üben. Angriffe gegen Ludendorff, in dem er „einen Führer des deutschen Volkes“ sieht, gelten ihm, dem Treudeutschen, als eine Verunglimpfung deutschen Ehrens vor dem Auslande. Der „Vorwärts“ hat sich dieser Todsünde in einem Michael Roskhaas gezeichneten Artikel schuldig gemacht. Und dazu schreibt Herr Bloch:

Wer ist Michael Roskhaas? Ja nun, das ist auch wieder einmal so eine Verleumdung, in der sich unsere fremdsprachigen neuerwerbigen zu verkommen beladen. Früher nannten sie sich gottsfürchtig Weissenfeld, Wumenthal, Silberstein, Bernstein, Herzfeld oder tönennd Wendensohn, jetzt aber schmücken sie sich mit altheimischen Namen — Roskhaas, Fischart usw. Je undeutscher ihre Art, ihr ganzes Gebaren, je altheimischer werden ihre beigelegten Namen.

Der Mann nennt sich an der Spitze des Artikels stolz „bis her Vorsitzender des Deutschen Buchbinderverbandes“. Ist es auch brutale Rahregelung, wenn sich die organisierte deutsche Arbeiterschaft von solchen Elementen befreit?

Hendersons Forderungen.

Amsterdam, 17. September.

„Allgemein Handelsblatt“ hat bei Eröffnung des Internationalen Bruderschaftskongresses, Henderson unter großem Beifall gesprochen und u. a. gesagt, die Forderung nach Verstaatlichung der Hauptbahnen gehe Hand in Hand mit der Forderung nach einer demokratischen Regierung und einem wirklichen Anteil der Arbeiter an der Verwaltung der Industrie.

Das Sozialisierungsproblem in England.

Amsterdam, 17. September.

„Allgemein Handelsblatt“ meldet aus London, der Bergarbeiter-Bund wird im Verein mit der Leitung der Arbeiterpartei und der parlamentarischen Kommission des Gewerkschaftskongresses im ganzen Lande einen Werksbesuch zugunsten der Rationalisierung der Kohlenbergwerke beginnen.

Amsterdam, 17. September.

Saut „Telegraph“ wird Bloch Georg in zwei oder drei Wochen eine Abordnung des englischen Gewerkschaftskongresses empfangen, die darauf dringen wird, daß in Übereinstimmung mit dem Beschluß des Kongresses die britische Regierung die Verstaatlichung der Bergwerke in Angriff nimmt. Bloch George wird der Abordnung mitteilen, daß die britische Regierung sich an ihren bereits bekannten Beschluß, nur die Mineralrechte anzukaufen, halten muß, und daß sie der Forderung nach Verstaatlichung der Bergwerke nicht nachgeben kann, da der Ankauf der Bergwerke sich hohe Kosten mit sich bringen würde, daß das Land angesichts der heutigen engeren Finanzlage diese Kosten nicht tragen kann.

Diplomatischer Situationsbericht.

Verfaßt, 16. September.

„Temps“ meldet, daß Bloch George und Tilton Paris verlassen haben. Für den Augenblick werde England bei den Sitzungen am Quai d'Orsay durch Sir E. Crowe vertreten. Das Blatt glaubt aber, daß später Lord Curzon England auf der Friedenskonferenz vertreten werde, und bemerkt, daß der Oberste Rat in seiner jetzigen Gestalt nur noch auf etwa 10 Tage beisammen sein und sich dann auf unbestimmte Zeit verlagern werde. Es bleiben jetzt noch zu regeln der Friede mit Bulgaren und Ungarn, das adriatische Problem, der Konflikt zwischen Deutschland und Polen, das Status der baltischen Provinzen, das Schicksal des Osmanischen Reiches und die Beziehungen zwischen den Alliierten und Rußland.

Die Franzosen verlassen Ungarn.

Bukarest, 17. September.

Holländisch Nieuw-Bureau: Das rumänische Pressebureau meldet aus Großwardein: Alle französischen Truppen, die sich noch in Ungarn befinden, haben den Befehl erhalten, sofort heimzukehren. Diese Maßnahme steht im Zusammenhang mit der Demobilisation des französischen Heeres. Bis zur endgültigen Entscheidung der ungarischen Frage werden nur kleinere französische Abteilungen in Ungarn bleiben und dem rumänischen Kommando unterstellt werden.

Lebensmittelpfändungen in Köslin.

Köslin, 17. September.

V. L. B. meldet: Zu großen Lebensmittelpfändungen kam es heute in den Vormittagsstunden, nachdem sich bereits gestern kleinere Unruhen bemerkbar gemacht hatten. Eine größere Menschenmenge, hauptsächlich junge Burden, die von den Werken der hiesigen Luftverfehrsgesellschaft entlassen worden sind, stürmte die in der Nähe des Marktes gelegenen Lebensmittel-

gärten, Säub- und Manufakturwarengeschäfte und plünderte sie. Der Schaden ist noch nicht übersehbar. Die Polizei war machtlos. Nach fast zwei Stunden erschien ein Militärauto, das die Plünderer zerstreute, ohne daß es zu Blutergüssen gekommen wäre. Der Führer der hiesigen Unabhängigen hatte vergeblich versucht, die Menge zu beruhigen. Die meisten Verkaufsstellen haben jetzt geschlossen.

Gewerkschaftliches.

Die Gewerkschaftsanfragen während des Räteaufbaues.

Die Nachrichtenstelle der Zentralstelle der Betriebsräte schreibt:

In Arbeiterkreisen ist vielfach noch die irrige Meinung verbreitet, als ob die Organisation der Betriebsräte nach dem Programm der Zentralstelle der Betriebsräte die Gewerkschaften überflüssig mache. Von der alten Gewerkschaftsbureaucratie und den Gegnern der Zentralstelle wird diese irrige Auffassung nach Kräften gefördert. Es wird von den Gegnern eines revolutionären Räteystems behauptet, die Schaffung einer Betriebsorganisation sei gedacht als Kampfmittel gegen die Gewerkschaften. Die Absicht sei, die Gewerkschaften zu zertrümmern.

Die Auffassung, als ob Räteorganisation und Gewerkschaften einander ausschließen, ist gänzlich falsch. Die Ziele und die Aufgaben des Räteystems sind verschieden von denen der Gewerkschaften. Beide Organisationen sind nebeneinander notwendig, solange nicht der Sozialismus völlig durchgeführt ist. Zwischen der Räteorganisation und den Gewerkschaften besteht nicht ein Rivalitätsverhältnis, sie müssen sich vielmehr gegenseitig unterstützen und Hand in Hand arbeiten. Voraussetzung ist, daß die Gewerkschaften wirklich demokratisch umgestaltet werden, und die Herrschaft der alten Gewerkschaftsbureaucratie beseitigt wird. Der Weg dazu wird betreten durch die Sammlung und Stärkung der Opposition in den Gewerkschaften.

Um diese irrige Auffassung zu bekämpfen, ist dem Organisationsplan der Zentralstelle über den wirtschaftlichen Räteaufbau folgender Zusatz angefügt worden:

„Da das wirtschaftliche Räteystem die Funktionen der kapitalistischen Unternehmer und ihre Organisationen zu übernehmen hat, sind ebenso wie die Parteien auch die Gewerkschaften bis zur völligen Durchführung des Sozialismus als bedeutsame Faktoren des proletarischen Befreiungskampfes aktionsfähig zu erhalten.“

Den Gewerkschaften fallen insbesondere folgende Aufgaben zu:

- 1. Vertretung der organisierten Arbeiterschaft bei der Aufstellung der Löhne und Arbeitsnormen.
- 2. Pflege der Solidarität.
- 3. Arbeitsvermittlung.
- 4. Regelung des Behring- und Fortbildungswesens.“

Buchdrucker, erkennt die Gefahr!

Unter diesem Aufschrift standen die elf Delegiertenversammlungen der Buchdrucker am 16. September, zu denen eine großartige Regie der ererbtenen Gegner des reinen Rätegedankens den letzten Indifferenzen und S.P.D.-Anhängern auf die Beine gebrocht hatten, um die von der Generalversammlung angenommene Entschließung, die sich gegen die Tarifpolitik und für das Räteystem erklärte, zu Fall zu bringen. Die Verhandlung über die Generalversammlung wurde mißbraucht zur persönlichen Verunglimpfung der „Gegner“ und zur Bekämpfung der S.P. und U. S. P. Politik. Ganz wie im verflochtenen preussischen Bundtage setzte nach dem ersten Oppositionsredner die Guillotine des Schlußantrages ein, weil man eine sachliche Debatte, den Geist des Widerspruchs fürstete, nachdem man heftig ausfällig über die „Querstreifer“, „Organisationszerstörer“, „Eroberungsfähige des Gewerks“ und „Organisationszerstörer“ hergefallen war. Auf diese Weise gelang es, eine Resolution zur Annahme zu bringen, die das geringe Entgegenkommen der Unternehmer bedauert, jedoch an der alten Gewerkschaftspolitik festhält und die Treueverpflichtung (sic!) Elemente entschieden ablehnt. In einigen Versammlungen wurde Stimmung für den Ausschluß solcher Elemente aus dem Verband gemacht, ganz besonders derjenigen, die für den „Grophischen Wod“, ein neues Organ für die Förderung des graphischen Industrieverbandes, wirken. Die Opposition kennt nur zu gut diese Art Kampfmethode, wird aber unheimlich ihren Weg zur Beseitigung des Kapitalismus Schauer an Schauer mit dem revolutionären Proletariat marschieren, wissend, daß ihre Leidgenossen immer erst durch Irrungen zur Erkenntnis ihrer eigenen Lage kommen, denn auch über die Buchdrucker geht das Rad der Zeit hinweg, und wenn sich sämtliche Gewerkschaftsbureaucraten dagegen sammeln.

Die Forderungen der staatlichen Bureauangestellten.

Eine recht stürmische Versammlung aller Bureau- und gewerblichen Angestellten des Reichs- und Staatsministerien und direkt angegliederter Behörden fand am gestrigen Nachmittag auf Veranlassung des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands und des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen im großen Saal der Blüthnerstraße statt. Schon gleich bei Eröffnung der Versammlung kam es unter erheblichen Rärmigen zu einer Nachtprobe. Die erschienenen Gegner der oben genannten Verbände hatten beantragt, eine neue Versammlungsleitung zu wählen. Der Antrag wurde indessen abgelehnt. Nun hielt Udo vom Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands ein Referat über die Bestrebungen der freien Gewerkschaften. Da er naturgemäß die bürgerlichen Angestelltenverbände in seinem Referat nicht scharf angriff, so kam es wiederholt zu lebhaften Szenen. Diese stürmischen Auseinandersetzungen schloß sich in einem eher noch gesteigerten Tempo fort, als Vorkrieg vom Reichsvertretungsamt über den Tarifvertrag der Reichsministerien referierte, den er in allen seinen Punkten kritisch beleuchtete und unter reichlichen Angriffen auf die Arbeitsgemeinschaft ablehnte. Schließlich wurde die Meinung der Versammlungsbereitschaft in die folgende Entschließung zusammengefaßt: „Die in den Reichs- und Staatsministerien beschäftigten Angestellten protestieren aufs schärfste gegen das Vorgehen der Arbeitsgemeinschaft der Reichsministerien in bezug auf das Weimarer Gehaltsabkommen. Der Arbeitsgemeinschaft wird u. a. ein Viktranzvotum erteilt und sie wird aufgefordert, ihre Mandate sofort niederzuliegen. Tägigen wird der Verband der Bureauangestellten aufgefordert, sofort mit dem Reichsministerium Verhandlungen aufzunehmen, um das Weimarer Gehaltsabkommen zu revidieren. Gleichzeitig erklären die Versammelten, daß sie ihre Interessen nur durch den Verband der Angestellten vertreten haben wollen.“

Die Parteipresse zur Reichskonferenz.

II.

Von den uns bisher vorliegenden Stimmen unserer Parteipresse über die Reichskonferenz veröffentlichen wir zunächst folgende Auszüge aus dem Artikel des Salleschen „Volksblatt“ (vom 12. September), der ebenso wie der Artikel der „Freiheit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ bereits von einigen Parteiblättern nachgedruckt worden ist.

„Nun gibt es wohl niemanden in der Partei, der noch des naiven Glaubens wäre, daß der Sozialismus etwa auf dem Wege über das Parlament verwirklicht werden könnte. Hier gilt immer das Wort Johann Jakob: „Den Militärdiktator überwindet man nicht durch den Parlamentarismus.“ Das belangt indes durchaus noch nicht, nun gleich ganz und gar die revolutionären Wirkungsmöglichkeiten parlamentarischer Beteiligung zu verachten. Es hat Zeiten gegeben, wo der parlamentarische die einzige Stelle war, von der aus wir agitatorisch aufstrebend und einwirkend auf die Massen zu wirken vermochten, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß solche Zeiten wiederzukommen können. Oft kann auch der Fall eintreten — die „Freiheit“ hat schon darauf hingewiesen —, daß durch die Stimmen der unabhängigen Abgeordneten im Parlament die Annahme eines verfassungsmäßigen Gesetzes, ein Anschlag auf politische, soziale oder gewerkschaftliche Rechte der Arbeiterklasse verhindert und abgewehrt werden kann. Ein passives Verhalten der Partei in einem solchen Falle würde dann die große Masse des schaffenden Volkes ebenbürtig verachten wie eine aktive Nichtbeteiligung an den parlamentarischen Überhaupt. Sie bieten uns ja überdies die beste Gelegenheit, mit unseren Ideen an weitere Volksteile heranzukommen, was für unsere Sache zu gewinnen. Gewiß sind auch die nachteiligen, ja schädlichen Einwirkungen und Einflüsse des Parlamentarismus nicht zu übersehen: die Neigung zum Kompromiß, die Verschwächung der revolutionären Kampfkraft und was dergleichen Wirkungen mehr sind. Aber um dieser „Gefahren“ willen auf die parlamentarische Beteiligung überhaupt zu verzichten, das heißt doch die Vorteile parlamentarischer Wirkensmöglichkeiten heute, nach der Revolution, gewiß nicht geringer schätzen. Sollte die Frage der grundsätzlichen Beteiligung am Parlament überhaupt aus der Diskussion ausgehen.“

Ein anderes ist freilich die Taktik, die wir im Parlament zu verfolgen haben. Und da dürfen wir nur der konsequenten Kampfschlachtpunkt und unser revolutionäres Ziel nicht aus den Augen lassen und entscheidend sein. Das Parlament darf nur Mittel zum Zweck sein, aber niemals Selbstzweck werden. Dabei muß oberster Grundsatz sein und bleiben: Aussprüche in dessen, was ist! Besonders aber den Massen gegenüber ist die Klarheit zu schaffen über unsere grundsätzliche Zielsetzung zum Parlament. Sie müssen gründlich aufgeklärt und von dem Wahne geheilt werden, durch das Parlament allein könne der Sozialismus verwirklicht werden! Versäumen wir die in der Revision dieser dornigen Pflicht wohllich nicht zu scheitern. Worauf es ankommt ist, die Parlamentarier wie alle anderen Kampfmittel auch, so wirksam wie nur möglich am revolutionären Befreiungskampfe des Proletariats dienstbar zu machen.“

Diese eigenlich ganz selbstverständliche Auffassung hat sich auch die Reichskonferenz zu eigen gemacht, und auch der kommende Parteitag, der die Taktik der Partei zu bestimmen hat, wird in dieser Frage nicht anders entscheiden. Das bedeutet auch durchwegs nicht, daß nun das Hauptaugenmerk nicht auf das Rätekampfe zu richten sei. Der weitere Gang der Revolution wird schließlich ganz von selbst dahindringen, daß es, wie die Genossen Arbeiter und Bäuerlein es wollen, zur Hauptwaffe im proletarischen Befreiungskampfe wird!

Wie in der Frage „Parlamentarismus oder Antiparlamentarismus“, so hat die Konferenz auf der Reichskonferenz auch über die Diktatur des Proletariats Klarheit gebracht. Sie ergab, daß die Mehrheit eine Diktatur der „Minderheit“ ablehnt.

Das letzte Wort hat auch hier der Parteitag, dem es auch überlassen bleibt, die Frage: ob Anschlag an die zweite oder dritte Internationale gründlich zu besprechen und zu klären. Die Reichskonferenz beschränkte sich hier lediglich auf die Entgegennahme der Resolution der Genossen Hilferding und Stöcker, und sah von einer Aussprache ab. Die Gründe, die der Genosse Hilferding für einen Anschlag an die zweite Internationale vorbrachte, haben gewiß nicht weniger Gewicht, als die des Genossen Stöcker, der für die dritte Internationale sprach. Man lese ihre Ausführungen im Bericht über die Reichskonferenz nach. Das Problem ist durchaus nicht so einfach, wie es manchmal auf den ersten Blick erscheinen mag. Es bedarf in gewissem Maße einer reiflichen Prüfung und einer grundsätzlichen Abwägung des Für und Wider, ehe es für eine Entscheidung reif ist. ...

Die „Volkszeitung“ für das Vogtland in Blauen schreibt:

In der Partei hat sich die von der sozialistischen Wissenschaft und von der Erfahrung des proletarischen Klassenkampfes eines dreihundertjährigen abgelebten Landens des Antiparlamentarismus wieder herabgewagt, als ganz wunderbare Neuentdeckung entdeckt sich. Wie hypnotisiert und mit Scheu-kräften von riesigen Umhängen versehen, starrten einzelne unter uns auf das Rätekampfe, das nicht nur als das, was es ist, als ein Kampfmittel zum Sozialismus, sondern als Ziel der Revolution hingestellt wird. Rätekampfe borne und hinten, Rätekampfe als alleiniges Kampfmittel unter Ausschluß aller übrigen Waffen, die dem Proletariat zur Verfügung stehen. Die parlamentarische Methode hätte einen Sinn, wenn die revolutionäre Kraft des Proletariats so hoch gestiegen wäre, daß ihm der Sieg für die nächsten Wochen sicher ist. Die parlamentarische Methode zu beschließen, wäre noch in den ersten Tagen des letzten Parteitages verständlich gewesen. Es wäre zwar ein solcher Beschluß und seine Voraussetzungen wären irrig gewesen, wie die Entwidlung gezeigt hat. Aber der Beschluß wäre in jenen Tagen, wo die Regierung des Herr-Röckel-Scheidemann eine durchaus würdige Sache geworden war, verständlich gewesen. Heute ist eine Befreiung auf den Antiparlamentarismus unmöglich geworden. Die parlamentarische Methode ist ein Vergehen an den Interessen des Proletariats. Heute müssen wir auf dem Boden, der uns gegeben ist, kämpfen und kämpfen die Bedingungen für weitere Auseinandersetzungen mit der Reaktion vorbereiten. Darum hat die Reichskonferenz entschieden die Curti-Gebetschen Versuche, dem Antiparlamentarismus ehrwürdigen Ansehens wieder zurückzuweisen, von Seite geschoben. Im Gericht zu sein: Auch Gebetschen vertritt nicht die grundsätzliche Boykottierung der parlamentarischen Tätigkeit in revolutionären und vorrevolutionären Zeiten. Er macht Unterschiede zwischen der Wertung der parlamentarischen Tätigkeit in revolutionären und vorrevolutionären Zeiten und der Boykottierung der parlamentarischen Tätigkeit in der Zeit der Revolution. Er fordert Verschärfung auf die parlamentarische Arbeit, wenn die Revolution der letzten großen

Erhebung durchs Land gehen. Die Konferenz konnte sich auf diesen schwankenden Boden nicht führen lassen. Was ist vorrevolutionäre, was revolutionäre Zeit? Schlägt die Geschichte mit eisernem Hammer auf den Amboss, klingen die Glocken zum letzten großen Sturm, dann wird schon von selbst der Vertreter unserer Partei nicht im Parlament reden über Grundbuch-Eintragungen oder Lohnaufbesserungen der Straßenwärter. Er wird wirken, wozu er gehört und was er zu tun hat. Was es aber so weit ist — und wie die Dinge heute liegen, können Monate und Jahre vergehen — darf das Proletariat auf einem heute noch gegebenen politischen Kampfboden nicht ohne Vertretung sein. Es darf auch die wichtige Gelegenheit zur Massenaufklärung der Massen, nicht latentlos vorbeigehen lassen. Es muß mit dem Feind den Kampf aufnehmen, wo und wie er sich stellt. Die Partei erfährt die Herrschaft des Proletariats als Vertreter der Volksmehrheit auf dem Boden des Rätekampfes. Mit dem Aussprechen dieses Programms ist aber noch gar nichts erreicht. Zur Verwirklichung dieses Ziel sind alle brauchbaren Kampfmittel anzunehmen. Eines davon ist heute der Parlamentarismus. Diese Erkenntnis dümmert heute sogar den Kommunisten. Der kommende Parteitag wird nicht anders entscheiden können als es die Reichskonferenz getan hat.

Ueber die Diskussion wegen der Beteiligung an der Regierungsbildung in Sachsen sagt das Blatt, daß die von nichtsozialistischen Rednern hierzu gemachten Ausführungen nicht von zu großer Sachkenntnis getragen seien und meint, die besonderen Verhältnisse, die die sozialistischen Genossen veranlassen, das Angebot zum Regierungseintritt nicht grundsätzlich abzulehnen, seien den Nichtsozialisten unbekannt, über sie müßte deshalb bis zum nächsten Parteitag gründlich Aufklärung verbreitet werden. Ueber die Stellung zur Internationale heißt es:

Hilferding zeigte das Problem mit der wissenschaftlichen Klarheit und Objektivität, die ihn auszeichnet und kam zu dem Ergebnis, daß sich ein Anschlag an Kautsky nicht empfiehlt. Stöcker vertrat mit Bestimmtheit und nicht ohne Gründe die entgegengesetzte Auffassung. Leider ließ die vorgelegte Zeit eine Debatte nicht mehr zu, wodurch auch das Schlusswort Hilferdings und damit eine Beantwortung der Stöckerischen Argumente verlor.

Wir nannten oben die Frage, ob zweite oder dritte Internationale, ein Problem. Sie ist ein solches. Und die Frage ist zur Entscheidung noch nicht reif. Sie wird es werden bis zum Zusammentritt des Parteitages im Anfang November. Bis dahin wird eine weitere Klärung der Dinge erfolgen sein und wird sich erkennen lassen, welche Stellungnahme der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands dem Sozialismus der Welt am besten entspricht. Die Schweizer Partei hat in einer Unabhängigkeit den Eintritt in die sozialistische Moskauer Internationale abgelehnt. Sie wird mit zu den Parteien gehören, an die sich der Parteivorstand der U. S. P. Deutschlands fühlend wendend wird, um einen Zusammenschluß vorzubereiten.

Zum Schluß heißt es in dem Artikel:

Der Parteitag hat einige Mißlinge. Selbsttätige Unzulänglichkeit warf ein paar Steine nach dem unbestritten glänzenden sozialistischen Theoretiker Deutschlands, Kautsky. Weil seine fleißigsten wissenschaftlichen Untersuchungen ihn zur Kritik an Programmpunkten unserer Partei führen, glauben einzelne, ihm einen Platz in unserer Partei nicht gönnen zu dürfen. Wie arm wäre unsere Partei, wie verarmt und — reaktionär, wenn sich für diese Auffassung eine Mehrheit fände. Diese Gefahr besteht freilich nicht.

Die Masse erkennt, daß wir eine Partei der Entwicklung sind, deren Formen in Bewegung sind und die sich immer mehr die Quellen der Forschung verschütten und den Forscher auf den Scheiterhaufen stellen darf. Haase hat dazu gesagt, was notwendig war.

Die Reichskonferenz hat, alles in allem genommen, Arbeit geleistet, die von geschichtlicher Bedeutung bleiben wird.

Groß-Berlin.

Der Streik der Lebensmittelhändler.

Seit einiger Zeit hat sich ein Ausschub für freie Nahrungsmittelwirtschaft gebildet, der eine rührige Agitation gegen die Zwangswirtschaft betreibt. In einer größeren Anzahl Städte hat er Ortsgruppen gegründet und auch in Berlin hat er die Arbeit in Angriff genommen. Seine Angriffe richteten sich gegen die staatliche Zwangswirtschaft und vor allem auch gegen die Bestrebungen in den Gemeinden auf Kommunalisierung des Lebensmittelhandels. Wie diese Herrschaften vorgehen, das haben die beiden letzten Stadtverordnetenversammlungen bewiesen, in denen die Bäckermeister und die Milchhändler einen Riesenspektakel aufgeführt und sich in der fleißigsten Weise benommen haben. Und es ist anzunehmen, daß am heutigen Donnerstag die Gemüse- und Obsthändler den Milchhändlern und Bäckermeistern folgen werden. Dafür werden die bürgerlichen Stadtverordneten Walter, Koch, Benneke und Konforten schon sorgen. Diese Gesellschaft ist es denn auch, die den Ansturm gegen die Kommunalisierung unter dem Rufe: „Für freien Handel!“ organisiert hat.

Und weil andere streifen, meinen die Lebensmittelhändler, müßten auch sie zum Streik greifen. Wenn behauptet wird, daß 75.000 Geschäfte der Varole des Hauptauschusses gefolgt sind, so ist das riesig übertrieben. Bornehmlich war im Westen und im Innern der Stadt Geschäftsklub eingetreten, in den Arbeitervierteln war weniger davon zu merken. Und wo das geschah, gab es Leute, die einmütig erklärten, bei einem „Streik“ Solidarität üben und die Plakate aufhängen zu müssen. Die Händler in den Markthallen kloffen nicht, wie es heißt, auf Veranlassung des Hauptauschusses.

Was die zu Mittag einberufenen Protestversammlungen betrifft, so fielen die Protestler damit arg hinein. Lediglich in der Philharmonie konnten die den freien Handel fordernden ihre Harmonien gegen die Kommunalisierung, gegen die Sozialisten und besonders gegen den Oberbürgermeister Bernuth loslassen. In den Sälen im Lehrervereinshaus, in der Konfordia und in der Germania fielen sie höflich hinein. Fast überall waren Arbeitslose erschienen und spuckten den Herrschaften in die Suppe. Im Lehrervereinshaus eröffnete ein Genosse die Versammlung und hielt das Referat, die Demonstranten trauten

sich nicht heraus. In der Germania kam es zu lauten Auseinandersetzungen. Und als die Arbeiter den Saal verließen, blieben nur wenig Leute zurück, um die vorgelegte Resolution anzunehmen.

In einigen Versammlungen wurden antisemitische Flugblätter verbreitet. Ob die wirklich die Genehmigung Roskes erhalten haben, wie das neuerdings verlangt wird?

Die Bewegung dieser Interessengruppe weist darauf hin, daß es gegen unsere Genossen in den Kommunen geht. Es wird mit allen Mitteln der Lüge und der Verleumdung gearbeitet. Die Kommunalwirtschaft wird in Grund und Boden verdammt. Es werden überall Listen ausgelegt zum Sammeln von Unterschriften gegen die Kommunalisierung, und es gibt auch Leute, die darauf hineinfallen. Das darf nicht sein. Das Publikum muß die Augen offen halten und mit aller Kraft darauf drängen, daß nicht Duhend Hände die Waren verteuern, ganz abgesehen davon, daß die Einführung des freien Handels heute nur den Reichen nützt, die Armen zum gänzlichen Verhungern verurteilen würde.

Militärische Hilfe für die streikenden Händler.

Während gewöhnlich Polizei und Militär gegen Streikende mobil gemacht wird, zeigte der Verlauf der Demonstration der Händler, daß in diesem Falle Militäre zum Schutze dieser Streikenden eingriff. Handelte es sich doch hier nicht um einen Streik gegen den Kapitalismus, sondern für den kapitalistischen Handel und gegen die Bestrebungen der sozialistischen Arbeiterschaft. Darüber entnehmen wir einer bürgerlichen Lokalcorrespondenz folgenden Bericht:

Im Lehrer-Vereinshaus am Alexanderplatz hatten sich bereits am Morgen etwa 300 Personen eingefunden, welche die beiden Sätze besaßen. Als der Referent Brechtel vom Beginn der Demonstration zu sprechen begann, kam es zu sehr heftigen Ausbrüchen. Die Redner riefen: „Schwindel!“ „Schieber!“ „Volkswürger!“ usw. und versuchten mit allen Mitteln das Referat zu verhindern. Die Geschäftshändler machten schließlich keinen Prolog (1) und stellten den Sprengstoff einen Ultimatum. Einige besonders hartnäckige Redner wurden jedoch nur der rohen Gewalt (1) und wurden unter einem zum Teil sehr erheblichen Nachdruck (1) aus dem Saal getrieben. Daraus wurden die Redner, die auch auf der Straße ihren Prolog fortsetzten, von den dort wartenden Lebensmittelhändlern empfangen, und es kam zu Reibereien, die einen bedrohlichen Charakter annahm. Inzwischen hatte jedoch die Geschäftsleitung des Lehrer-Vereinshauses militärische Hilfe herbeigerufen, und so rücken zwei Lastwagen mit Reichswehrtruppen heran, die schließlich einen Teil des Alexanderplatzes absperrten und die Tumulte auslöschten.

Ähnliche Szenen spielten sich in den Vermonthallen ab. Dort hatten sich ebenfalls etwa 300 Personen eingefunden. Es gab hier außerordentlich heftige Auseinandersetzungen. Vor allem verlangten die Eindringlinge, daß eine freie Aussprache stattfinden solle, was jedoch abgelehnt wurde. Schließlich wies man die Redner auf die Straße, wo sie von eingetroffenen Reichswehrtruppen veranlaßt wurden, die Straße freizugeben.

Mit „roher Gewalt“ wurden also die Besucher der öffentlichen Versammlungen entfernt, weil sie ihre von den Versammlern abweichende Meinung zum Ausdruck bringen wollten. Und die militärische Polizeitruppe leistet hierbei freudig Gaudium.

Die „Volksische Zeitung“ und die „Berliner Volkszeitung“ leisteten sich noch ein besonderes Stückchen. Sie meldeten gestern abend, daß die Anhänger der U. S. P. die Arbeitslosen aufgerufen hätten, die Säle zu besetzen und die Versammlungen zu sprengen“. Das ist eine glatte Erfindung. Unsere Partei hat sich der Demonstration der Händler gegenüber völlig passiv verhalten. Sie hat keinerlei Veranlassung, sich mit den Gegnern der Kommunalisierung in irgendeiner Form auseinanderzusetzen. Die Bevölkerung Berlins hat bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung bereits befunden, wie sie über die Frage der Kommunalisierung denkt. Und das genügt!

Aber Arbeiter dürfen nicht demonstrieren.

Fast zur selben Stunde, als in Berlin die demonstrierenden Händler sich des militärischen Schutzes erfreuten, suchten die Rosttruppen in Lohndorf eine Arbeiterversammlung auseinanderzujagen! In einer Arbeiterversammlung von weit über 5000 Jüdern sprach im Garten des Café Bellevue Genosse Sommerfeld vom Volksgut über „Die politische Lage und die Aufgaben des werktätigen Volkes“. Die Versammlung stimmte den Ausführungen des Referenten einmütig zu. — Zur gleichen Stunde tagte in der kleinen Scharnhauser Allee eine öffentliche Volksversammlung der Rechtssozialisten, die für das „Räte“gesetz der Regierung einzutreten hatte. Welch ein Unterschied. Bei der U. S. P. weit über 5000 Besucher, dort etwa der zehnte Teil! Ein Beweis, daß die Arbeitermassen nichts mehr mit den Rechtssozialisten zu tun haben wollen.

Gegen Schluß der Versammlung rief ein Aufgebot von Rosttruppen an, um auf Befehl von Dittlich die Versammlung aufzulösen. Der Vorsitzende schloß mit einem bravissimo ausgenommenen Hoch auf die Weltrevolution die Versammlung. Rostke war zu spät gekommen.

Für Arbeiter gibt es kein Versammlungsrecht in dieser „freien“ Republik!

Die kommunalen Arbeiterräte und die Kohlenfrage.

Die kommunalen Arbeiterräte Groß-Berlins hatten gestern vormittag ihrer Vertreter zu einer Besprechung der Kohlenfrage geschickt. Wie die Aussprache ergab, liegt die Kohlenverteilung in den einzelnen Gemeinden noch sehr im Argen. Großhändler und die bürgerlichen Gemeindevorstände glichen hieraus den größten Nutzen. In Charlottenburg wird dem Arbeiterrat A. jede Kontrolle unmöglich gemacht. Hausdurchsuchungen werden als Hausfriedensbruch behandelt und mit sofortiger Verhaftung bedroht. In anderen Gemeinden, wie Adlershof, haben sich die Arbeiterräte größere Befugnisse sichern können. Allgemein ist das Bedürfnis nach der Ergreifung. Einstimmig wurde der Antrag angenommen, eine Kommission zu beauftragen, bei der Reichskohlenstelle vorstellig zu werden, damit die kommunalen Arbeiterräte als Großhändler zugelassen werden. Die Kommission setzt sich aus je einem Vertreter aus Neukölln, Friedrichshagen, Adlershof, Niederlehndorfer und Charlottenburg zusammen. Desgleichen wurde einstimmig der Antrag angenommen, eine Neuauflage der Kundennote durch die Gemeinden zu veranlassen. Wie wir hören, soll den Gemeinden jetzt das Recht gegeben sein, die Kontrolle über die Kohlenhändler auszuüben und bei Vergehen derselben eventuell deren Böden zu schließen. Wir sind daher der Meinung, daß die Gemeinden dieses Kontrollrecht den kommunalen Arbeiterräten übertragen sollten. In den vergangenen Jahren haben die Kohlenhändler ihre Macht dem Publikum gegenüber vielfach in schamloser Weise mißbraucht, und Polizei

Kom. Kohlenstelle haben mit ihrem Schutz versagt. Wenn die Arbeiter hierin Wandel schaffen könnten, wäre das im Interesse der Verbraucher sehr zu begrüßen.

Geständnis des Mörders Drewnid.

Der Mörder Max Drewnid hat bei seiner Vernehmung gestanden, daß er mit seinen Spießgesellen die beiden Sicherheitsfolianten bei Königs-Wusterhausen und bei Lübben den Gendarm Galloun erschossen hat. Am 8. März sollte er mit seinen Spießgesellen wegen der Erschießung der beiden Sicherheitsfolianten nach dem Untersuchungsgefängnis gebracht werden. Kurz vor der Überführung sprang er jedoch durch ein Fenster im zweiten Stock auf den Hof hinab, kam auch unversehrt unten an, ergriff die Flucht und entkam. Sein erstes war, daß er sich eine neue Parabelumhüllung zulegte, die er ständig bei sich trug. Sein Hauptarbeitsfeld war die Gegend von Lübben. Er fuhr dort hin mit seinen Spießgesellen, die er immer wechselte, und stahl in der Hauptstadt Tiere, Großvieh und Kleinvieh, Pferde, Schweine, Gänse, Enten und Hühner. Zu gibt er u. a., daß er im Mai d. J. in Brandwalde zwei Pferde und einen Kutschwagen durch Einbruch gestohlen hat, für die er 15 000 M. bezahlt erhielt. Bei einem großen Viehdiebstahl Ende Juni oder Anfang Juli d. J. in Schwarzfals wurde er überführt, doch gelang es ihm auch damals, zu entfliehen. In Klein-Lußow war er bereits am 24. August d. J. einmal gewesen. Er erbeutete dort mit einem Spießgesellen nicht weniger als neun Gänse, 18 Hühner und eine Ente. Die Tiere schlachtete er gleich an Ort und Stelle ab, brachte sie nach Berlin und machte sie hier zu Geld. Am 5. September d. J. suchte er dieselbe Gegend wieder auf. Diesmal war der verhaftete Grenadier Pawlewicz sein Spießgeselle. Während dieser in der Heide wartete, ging er allein in das Dorf hinein, erbrach einen Stall und stahl daraus mehrere Schweine. Eins davon band er an einen Strid und führte es nach der Heide, wo er es mit dem dort wartenden Pawlewicz abbländerte. Das Fleisch packte beide ein und wollten damit vom Bahnhof Lübben nach Berlin fahren. Sie wurden jedoch von einem Postwachmann angehalten. Derselbe erzählte sie, daß sie das Fleisch im Schleißhandel gekauft hätten. Um den Verkäufer zu ernüchtern, ging der Gendarm Galloun mit Drewnid nach Klein-Lußow, wo dieser natürlich vergeblich nach dem Verkäufer suchte. Auf dem Rückwege, etwa zehn Minuten von der Stadt entfernt, ergriff Drewnid plötzlich die Flucht. Als jetzt der Gendarm zu seiner Schwärze greifen wollte, kam ihm der Verbrecher zuvor, schoß dreimal auf den Beamten und ließ, ohne sich um die Wirkung zu kümmern, davon. Er ging zunächst zu Fuß nach Waidau und fuhr von dort nach Berlin zurück. Als er am Freitag abend festgenommen werden sollte, wollte er gerade einen Einbruch ausführen, trug aber einige Bedenken, weil er keine Pistole besaß, ohne die er, wie er selbst zugibt, nichts unternahm. Die Pistole will er einem Spießgesellen geliehen haben.

Obleute der Betriebe!

Die Unterfütterungskommission der Groß-Berliner Arbeiterschaft ladet zum heutigen Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr, alle Obleute der Betriebe nach dem Lokal von Schulz, Am Fingerring 2 (Alexanderplatz) ein und bittet dringend um deren Erscheinen. Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission; 2. Abrechnung; 3. A.: Ad. Baer.

Seingelehrte Kriegsgefangene

Ihnen alle Ansprüche auf rückständige Löhne, Anträge auf sonstige Nachsorgeforderungen, Anträge zur Erlangung einer Rente (Versorgungsanprüche) usw. stellen: bei den Entlassungsstellen I-VI in Berlin-Schöneberg, General-Pape-Str. 10 (Landwehr-Dienstgebäude). Landwehr-Inspektion Berlin.

Zur Ermordung des Apothekers Lambus wird berichtet, daß die Untersuchungen schwere Verdachtsgründe gegen das Ehepaar Karlows der Schönhafer Straße 4 zutage gefördert haben. Die

Verhafteten haben zugestanden, daß Tempus noch nach 1 Uhr in ihrer Wohnung gewesen ist, behaupten aber, daß er sich dann wieder entfernt habe. Die Kriminalpolizei trägt weiteres Vernehmungsmaterial herbei.

Auf offener Straße vergiftet hat sich ein Mann, dessen Verfalligkeit noch nicht festgestellt werden konnte. Er wurde heute morgen in der Mollkestraße, n. der Nähe des Königsplatzes, tot aufgefunden und nach dem Schanhaus gebracht. Bei ihm fand man Lebensmittelreste auf dem Namen eines Karl Platz. Wer das ist, weiß man noch nicht.

Der regelmäßige Verkehr mit Kopenhagen wird in den nächsten 14 Tagen wieder aufgenommen werden. Mit den skandinavischen Staaten (Schweden) zur Zeit noch Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Verkehrs.

Lebensmittelaender.

Berlin. Am 18. d. M. wird auf die CI- und CII-Kindermarken als Ersatz für vier Tage Vollmilch eine Dose Kondensmilch verausgabt. Der Kleinverkauftspreis der zum Ersatz der fehlenden Vollmilch ausgegebenen Kondensmilch ist für die Zeit vom 18. September ab auf 1,70 M. je Dose festgelegt worden.

Spanbau. In den hiesigen Fleischhandelsstellen Verkauf von 100 G. amerikanischen Schweinefleischproben auf Feld 68 der Einfuhrzollkarte. Auf zwei auf eine halbe Woche lang laufende Fleischabschnitte der Vorkasse - Lebensmittelkarte - 200 G. Schweinefleisch. 1 Pf. Normelose auf Feld 200 der Lebensmittelkarte. Im hiesigen Schuppen gegenüber dem Rathaus Kefel und Birnen zum Preise von 70 Pf. pro Pf. von mindestens 5 Pf. an jedem Monat.

Niederländische. Für Jugendliche 250 G. Buchweizenmehl. Für Erwachsene über 60 Jahre 250 G. Macaroni.

Reinlebensmittel. Die auf Abschnitt 15 der Karte für schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer entfallenden 500 G. Hüllensrübe sind bereits auf Abschnitt 14 mit zu entnehmen, der Abschnitt 15 wird mit Zeitwaren beliefert. Besondere Schanmachung darüber erfolgt noch.

Wittenau. Ab Freitag: 250 G. Rubeln, 250 G. Reislocken, 250 G. Kuskulomehl; für Jugendliche 250 G. Buchweizenmehl.

Buchholz. Auf Nr. 57 der Lebensmittelkarte 100 G. Rubeln. Voranmeldung bis Donnerstag. Die gegen Nr. 88 der Lebensmittelkarte in der Gemeindeparkverwaltung zur Ausgabe gelangenden Nahrungsmittel (Kartoffelrohware, Buchweizenmehl und Buchweizenmehl) kosten für das Pfund 70 Pf., nicht für 250 G.

Staken. Ab Freitag Butter auf Abschnitt 6 der Fettkarte, Kunstspeise auf Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte, Kartoffelmehl auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte, Speck an Stelle von Fleisch auf die fälligen Fleischabschnitte. Normelose, morkensief, Kartoffeln auf Abschnitt 12/13 der Kartoffelkarte. Näheres siehe in den Ausschreibungen.

Jolkshagen. Am Freitag vormittag von 8-11 Uhr werden auf unserm Grundstück Hauptstr. 45/47 (Rathaus) Speisepartien gegen einen im Zimmer Nr. 5 ausgestellten Bezugsschein verausgabt, und zwar für die Inhaber der Kasse: Nr. 1-250 von 8-9 Uhr, Nr. 251-500 von 9-10 Uhr, Nr. 501-850 von 10-11 Uhr. Ausnahme sind vorgelagert. Kartoffeln müssen am Ausgabestage abgeholt werden. Der Anpruch verfallt 24 Stunden nach der Ausgabe. - Am Sonntag abend bei den Kassen: 500 G. Hüllensrübe, 500 G. Danks auf Feld 20 der grünen und Feld 10 der roten Lebensmittelkarte (Selbstversorgung) sowie 150 G. Margarine auf Feld 6 der Fettkarte.

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis. 5., 6., 7. und 8. Abt., 3. Distrikt. Freitag abend 7 Uhr Aula Wittenwaderstr. 34 Mitgliederversammlung. Vortrag und Stellungnahme zur Distriktsleitung.

Dritter Kreis. 5. Distrikt. Freitag abend 7 1/2 Uhr Bezirksführerkonferenz im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: Stellungnahme zur Wahl der Distriktsleitung.

Vierter Kreis. Die Sitzung der Funktionärinnen am Freitag, den 19. September, findet nicht bei P. Hoffmann, sondern in der Königsbahn, Große Frankfurter Straße, um 7 Uhr statt.

Fünfter Kreis. 6. Distrikt. Heute abend 7 Uhr Mitgliederversammlung bei Peter, Weberstr. 17. Vorher den schon bekannt-

gegebenen Abteilungen haben auch die Stadtdistrikte 104 und 105 einberufen.

Erster Kreis, 8. Distrikt. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, in den Prachtställen des Ostens, Frankfurter Allee 48, Mitgliederversammlung.

4. Distrikt, 1. Abt. Das Wohllokal von Buch befindet sich nicht Kotlauer Straße 62, sondern Kotlauer Ufer 62, Charlottenburg, 3. Gruppe. Heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, Versammlung in der Aula Wiedestraße. Vortrag des Genossen Dr. Herz über Arbeiterrechte, Partei und Parlamentarismus.

Neuhöll. Die Besessenen und Helfer zur Kombiorganisation treffen sich heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Richter, Prinz-Johann-Str. 3, und nicht bei Kaffan, Eckstraße.

Vandow. Am Sonntag Besichtigung des Verkehrs- und Bauaufsehm. Treffpunkt vorm. 10 1/2 Uhr am Museum, Invalidenstr. 105.

Post und Telegraphie. Freitag abend 7 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in Pöckers Hof, Weberstr. 17. Tagesordnung: 1. Die Post und die U. S. P. D. Referent Fritz Jurell. 2. Das Reichspostreferent Genosse Paul Leisch. 3. Freie Aussprache.

Veranstaltungen.

Lehrkurs für Profetiarier, veranstaltet von der Sozialistischen Arbeitergemeinschaft an der Handelshochschule Berlin. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in der Aula des Sophien-Realschulgebäudes, Weinmeisterstraße, einmaliger Vortrag des Genossen Hermann Walden: Der Sozialismus.

Sonnen-Konzert! Freitag nachmittag 4 1/2 Uhr im Charlottenburger Stadtpark. Jungmänner, Fortsetzung sämtlicher Kriegesbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Angestellte der chirurgischen und verwandten Berufe. Donnerstag abend 7 1/2 Uhr Versammlung in den Sophienstuden, Sophienstr. 19, Reichshof. Bericht über die Tarifverhandlungen und Stellungnahme dazu.

Zentralverband der Zimmerer, Zehntelle Berlin. Heute, Donnerstag, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Mitgliederversammlung.

Zentralbeamte (Recherche) der Metallindustrie. „Unser Tarif“, Freitag abend 7 Uhr. Zusammenkunft im Lokal Gentsch, Kurze Str. 17. Jeder Betrieb muß durch einen Kollegen vertreten sein.

Jugendliche Betriebsratensprecher und Schlichter der Tisch- und Tischwarenindustrie. Die Kollektionsliste findet nicht Dienstag sondern heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendsekretariat statt.

Matrosen. Donnerstag und Freitag abend 6 Uhr, in der Aula des Gymnasiums Kottbuscher Gemeindefriedhof-Abteilung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Ortsgruppe Reinickendorf (Bezirk Oh). Am Freitag, 7 1/2 Uhr abend, im Kostenienmännchen, Reibengr. 109, Mitgliederversammlung der Hinterbliebenen. Wichtige Tagesordnung.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen. Bezirk Rosbitz. Jahreshilf Konjunktur, hat am Freitag abend 7 Uhr Jahreshilf und Versammlung.

Intern. Bund der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Reinickendorf. West. Nächste Mitgliederversammlung Freitag abend 7 1/2 Uhr im Restaurant Paris, Schönhaferstr. 67. Mitgliederversammlung mitbringen.

Arbeiter-Vereine „Berlin“. Sonntag, 21. September, 10 1/2 Uhr, 11. Vernou, Halles, Abf. 6.40 Uhr. Vortrag, III. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, IV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, V. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, VI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, VII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, VIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, IX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, X. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XL. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, XLIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, L. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXX. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXXI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXIV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXV. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVI. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVII. Teil, Schwärze, Abf. 5.50 Uhr. Vortrag, LXXXXXXXVIII. Teil, Schwärze,